

meist zwischen 50 und 100 Euro pro Monat; im Friseurgewerbe und der Floristik hingegen machen die Unterschiede mehr als 200 Euro pro Monat aus.

Aufgrund des Tarifvorrangs im Berufsausbildungsgesetz kann die Ausbildungsvergütung unterhalb der gesetzlichen Mindestausbildungsvergütung von 550 Euro im Monat liegen. Teilweise haben die Gewerkschaften, vorrangig in Ostdeutschland, seit 1995 nicht für die Erneuerung der Tarifverträge gekämpft, das macht diese Unterschreitung möglich. Und selbst in den Branchen, die es ihnen vermeintlich wert sind, in Tarifverhandlungen zu gehen, schenken sie den Kapitalist:innen Nullrunden, wie in der Metall- und Elektroindustrie. Auszubildende erhalten dort nicht einmal die „erstrittene“ Einmalzahlung von 500 Euro, die schon der reine Hohn gegenüber allen Arbeiter:innen ist – für sie

bleiben gerade einmal 300 Euro übrig. Die Wirtschaftskrise tut ihr Übriges: Zusätzlich ist die Zahl der Ausbildungsplätze 2021 erstmals seit der deutschen Einheit unter 500.000 gefallen.

Die Anzahl abgeschlossener Ausbildungsverträge sank im letzten Jahr um zehn Prozent. Die die Jugendarbeitslosigkeit stieg um 25 Prozent.

Unsere Hoffnung? Gemeinsamer Klassenkampf im Betrieb!

Diese und unzählige weitere Beispiele zeigen deutlich: Wollen wir tatsächlich etwas erreichen, müssen wir uns eigenständig organisieren und dafür kämpfen. Auf die heutigen Gewerkschaften können weder junge noch ältere Arbeiter:innen hoffen. Dabei ist es für neue, junge Auszubildende beson-

ders wichtig, sich nicht von einem vermeintlichen Generationenkonflikt blenden zu lassen.




Nicht die älteren, besser bezahlten Kolleg:innen sind der Feind, sondern der Kapitalismus, der uns alle ausbeutet und klein halten will.

Gleichzeitig müssen länger beschäftigte Arbeiter:innen die besonderen Fähigkeiten der Jugendlichen achten und sie als vollwertige Kolleg:innen betrachten, die ebenso eine wichtige Rolle im Klassenkampf spielen. Dann wird es uns möglich sein, für uns alle ein besseres Leben zu erkämpfen!

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

-  fb.com/PerspektiveOn
-  t.me/perspektiveon
-  instagr.am/perspektiveonline

Vi.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 75803785 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf's Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ perspektive-online.net/abo/
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. info@perspektive-online.net
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ perspektive-online.net/verein/
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. perspektive-online.net/spenden/

Bild 1: twitter.com/unverwertbar; Bild 2: twitter.com/GorillasWorkers; Bild 3: pixabay.com

PERSPEKTIVE»

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Unsere Interessen mit Streiks durchsetzen

- von Kevin Hoffmann -

Der Streik ist die stärkste Waffe die wir Arbeiter:innen haben, um unsere Interessen gegenüber unseren Chefs durchzusetzen – und mit dem politischen Streik bzw. Generalstreik auch gegenüber dem Staat, der Regierung oder der gesamten herrschenden Klasse

Oft fühlen wir uns einsam und hilflos gegenüber unseren Chefs und ihren neusten Schweinereien. Wir sind gegen neue Gesetze die uns das Leben schwer machen oder haben einfach eine grundlegend andere Vision einer wirklich gerechten und solidarischen Gesellschaft. Für all diese Fälle kann ein erfolgreich Streik ein wichtiges Mittel sein, um die-

se Situation zu ändern und die Durchsetzung unserer Interessen selbst in die Hand zu nehmen.

Bereits in der Hymne des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von 1863 heißt es „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ An dieser so einfachen wie wirksamen Feststellung hat sich bis heute nichts geändert. Mit dem Kampfmittel des Streiks

können wir alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens stilllegen und die Interessen von uns Arbeiter:innen auch gegen die noch so mächtigen und reichen Konzerne oder die aktuell herrschende bürgerliche Regierung durchsetzen. Oft dürfte so ein Streik als nicht legal angesehen werden, legitim ist er aber allemal!



Wer darf wann streiken?

Zunächst einmal gibt es in Deutschland kein gesetzlich festgeschriebenes Streikrecht. Der Artikel 9 des Grundgesetzes, garantiert jedoch das Recht „zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden“ Aus dieser sogenannten Koalitionsfreiheit leitet sich auch das grundsätzliche Recht auf Streiks ab. Ansonsten ist das Streikrecht sogenanntes „Richter-Recht“. Das heißt, es setzt sich aus den Gerichtsurteilen zusammen, die im Zusammenhang mit Arbeitskämpfen getroffen worden sind.

Ein Streik ist demnach nur dann rechtlich zulässig, wenn er von einer Gewerkschaft im Rahmen laufender Tarifverhandlungen geführt wird. Gestreikt werden darf also nur für „tariffähige“ Anliegen wie Löhne, Alterssicherung usw., im Grundsatz aber nicht etwa gegen eine Betriebsschließung, aus Solidarität mit anderen Streikenden oder für ein politisches Anliegen. Während der Laufzeit eines Tarif-

vertrags gilt die „Friedenspflicht“ in der grundsätzlich nicht gestreikt werden darf. Darüber hinaus müssen Streiks „verhältnismäßig“ sein und dürfen in Arbeitskämpfen nur als letztes Mittel eingesetzt werden. Alles in allem gibt es in Deutschland also überhaupt nur ein sehr stark eingeschränktes Streikrecht.

Dann halt „wilde Streiks“!

Unter „wilden Streiks“ versteht man alle Arbeitsniederlegungen, die sich nicht an die oben beschriebene, enge Eingrenzung halten, die von den Gerichten bisher zugelassen wird. Immer wieder zeigen die Arbeiter:innen jedoch auch, dass diese engen Grenzen sehr einfach gesprengt werden können. Beispiele gibt es dafür zahlreiche, von über zig Tage anhaltenden Betriebsversammlungen bei denen nicht gearbeitet wird bis zu den spontanen Arbeitsverweigerungen und Blockaden der Auslieferung von Waren durch die Gorillas Arbeiter:innen in den vergangenen Wochen in Berlin.

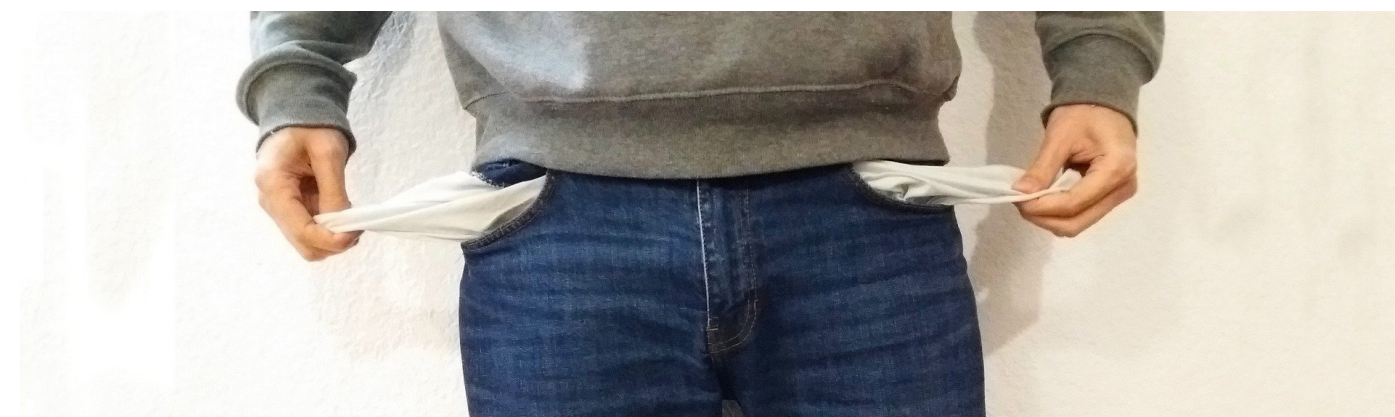
Das Einfache, was schwer zu machen ist

Überall dort wie die Belegschaften kleiner und großer Betriebe gut vernetzt sind, zusammenstehen und die gemeinsamen Interessen, für die gekämpft wird, fest im Auge behalten, kann der Streik sich zu der mächtigen Waffe entwickeln die er ist. Er kann von uns im Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, ja als politischer Streik auch für die grundlegende Veränderung unserer Gesellschaft eingesetzt werden.

Voraussetzung für eine starke Streikbewegung ist die Einbindung und Beteiligung möglichst vieler Arbeiter:innen. Denn gegen eine geschlossenen streikende Belegschaft und erst recht eine gemeinsam kämpfende Arbeiter:innenklasse kann kein bürgerliches Gericht, keine Polizei und kein Konzern etwas wirksames entgegensetzen. Dann können wir unsere Interessen durchsetzen und so unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen.



Wilder Streik von Gorillas-Fahrer:innen nach Entlassung eines Kollegen



Schwierige Aussichten zum Ausbildungsstart 2021

- Von Ivan Barker -

Im August und September beginnt das neue Ausbildungsjahr. Viele Jugendliche und junge Erwachsene stehen vor dem Beginn eines neuen Lebensabschnitts, der jedoch weiterhin von Wirtschaftskrise und Pandemie bestimmt wird.

Zwar entspannt sich die Lage in Deutschland tendenziell und Maßnahmen werden gelockert; eine Garantie, dass es so bleibt, gibt es aber nicht. Sollten die Fallzahlen wieder ansteigen, könnten Homeoffice, Distanzunterricht und sogar Kurzarbeit auf die neuen Auszubildenden zukommen. Ihre Kolleg:innen litten das letzte Jahr schon darunter: Vielen Berufsschüler:innen fehlte es an notwendiger Technik und die Wissensvermittlung nahm durch den Onlineunterricht sehr ab. In einer Studie der Gewerkschaft IG-Metall mit über 4.000 Menschen unter 27 Jahren gaben rund 70 Prozent an, dass sich die Situation in der Berufsschule seit Ausbruch der Pandemie verschlechtert habe, 41

Prozent sehen ihre Übernahme in Gefahr. Ganze 52 Prozent der Auszubildenden, dual Studierenden und jungen Beschäftigten haben laut Studie seit Beginn der Pandemie das Gefühl, ihr eigenes Leben nicht mehr kontrollieren zu können.

Auszubildene als billige Arbeitskräfte

Keine Kontrolle haben Auszubildende ebenfalls über ihre Ausbildungsvergütung. Die in Tarifverträgen festgelegten Summen unterscheiden sich je nach Branche und Region enorm: Die unterste Grenze sind 325 Euro pro Monat, die Auszubildende im Friseurhandwerk in Thüringen im 1. Ausbildungsjahr erhalten. Die

höchste Vergütung erhalten Auszubildende im Bauhauptgewerbe in Westdeutschland im 4. Ausbildungsjahr mit bis zu 1.580 Euro. Zu diesem Ergebnis kam das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung. Es untersuchte 20 ausgewählte Tarifbranchen und veröffentlichte die Ergebnisse Mitte Juli. Im 1. Ausbildungsjahr liegt die höchste Vergütung in den Pflegeberufen bei 1.166 Euro. Diese Zahlen gelten jedoch nur für den Öffentlichen Dienst – in privaten Einrichtungen haben sie keine Gültigkeit. Weiterhin erhalten in 11 der 20 Tarifgebiete Auszubildende in Ostdeutschland weniger Vergütung als ihre westdeutschen Kolleg:innen,